

Störsender - die Kolumne von Jürg Lehmann

Minarett-Verbot: Irrläufer im Europarat

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates fordert die Schweiz auf, das Verbot des Baus von Minaretten zu widerrufen. Das ist peinlich, weil man ignoriert, wie unser Land funktioniert.

Von Jürg Lehmann | Aktualisiert um 17:24 | 25.06.2010

Das Resultat der Anti-Minarett-Abstimmung im Ausland noch immer Wellen wirft, ist nicht neu. Aber nun fordert das Europarats-Parlament die Behörden in der Schweiz auf, «ein Moratorium in Bezug auf das Bauverbot für Minarette zu erlassen und das Verbot so schnell wie möglich aufzuheben». Das Parlament hat die Forderung im Rahmen einer umfassenden Resolution über Islam, Islamismus und Islamphobie einstimmig verabschiedet.

Der Europarat besteht aus dem Parlament, dem Ministerkomitee, dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und dem Gerichtshof für Menschenrechte. Seine Kernthemen sind neben den Menschenrechten, die Demokratie (!), der Minderheitenschutz und Fragen der Rechtstaatlichkeit. Der Europarat wurde 1949 gegründet, die Schweiz trat ihm 1963 bei. Heute zählt er 47 Mitglieder.

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey durfte das Ministerkomitee vom November 2009 bis zum Mai 2010 ein halbes Jahre lang präsidieren und tat dies engagiert. Das Schweizer Präsidium wurde sogar im Saal des Nationalrates gefeiert – sieben Monate später saust der Hammer aus Strassburg nieder.

Es ist nicht die Tatsache, die befremdet, dass sich das Europarats-Parlament mit der Verbots-Initiative auseinandersetzt. Es ist vielmehr die Ignoranz, die hinter dem ominösen Satz in der Resolution steht, die zu denken gibt. Der Europarat verlangt ja nichts weniger als die Aushebelung eines Verfassungsartikels.

Wissen die ausländischen Parlamentarier nicht, wie die direkte Demokratie in der Schweiz funktioniert oder ist es ihnen egal? Wenn die Bundesverfassung geändert werden soll, müssen Volk und Stände zustimmen. Kein Bundesrat, kein Gericht und keine andere Behörde in der Schweiz kann diese Gesetzmässigkeit untergraben.

Anscheinend haben die in Strassburg anwesenden fünf National- und Ständeräte als Mitglieder des Europarat-Parlaments versucht, ihren Kollegen und Kolleginnen die Zusammenhänge klarzumachen und die Forderung in einen »Wunsch ans Schweizervolk« abzuschwächen. Vergeblich. Die Irrläufer schossen lieber ein Eigengol.

Zuletzt stimmten auch die fünf aus der Schweiz der Resolution zu, die noch andere Punkte enthält. Warum? «Wenn ich mit einem Antrag zu einem einzelnen Punkt nicht durchkomme, lehne ich deswegen nicht das Ganze ab», sagte der Bündner CVP-Ständerat und Delegationsleiter Theo Maissen dem «Tages-Anzeiger».

Man stimmt zu, obwohl man eigentlich dagegen sein müsste. Da dürfen wir uns allerdings nicht wundern, wenn das Ausland unsere Demokratie nicht so ernst nimmt, wie wir gerne möchten.

Der Autor Jürg Lehmann



Jürg Lehmann, Autor. (Blick)

Unser Kolumnist Jürg Lehmann (61) ist seit über 30 Jahren Journalist bei verschiedenen Tages- und Sonntagszeitungen der Schweiz. Während acht Jahren war er als Bundeshauskorrespondent mit Sitz in Bern tätig. Von 1999-2003 war er BLICK-Chefredaktor. Heute ist er Autor und Leiter der Ringier Journalistenschule.

» **Störsender Es lebe die Kuhvuzela!**

» **Störsender über den UBS-Staatsvertrag SVP und SP – dringend lesen bitte!**

» **Politkolumne Störsender über die marode FDP Wachen Sie auf, Herr Pelli!**

» **«Störsender» Toni Brunner – der Schaumschläger**

» **Politkolumne Störsender Unterwegs mit Doris Leuthard**

» **Gaddafi-Affäre Aus der EU kommen nur leere Versprechen**

Anzeigen



Jetzt laufend abnehmen

Schlanker werden mit den Slimming Sandals.

[Mehr Infos...](#)



Abnehmen ohne Hunger

Mit Pflanzen-Kapseln, die schlank machen

[Mehr Infos...](#)

Das sagen Blick.ch-Leser

D. STAEHELIN, THURGAU - 09:38 | 26.06.2010

» Eine Anti-Europarat Abstimmung muss her!

MARTIN UHR, BONSTETTEN - 00:20 | 26.06.2010

» Ich war gegen das Minarett-Verbot, doch das Schweizervolk hat so entschieden. Dies gilt zu respektieren. Da es sich nicht um ein Moschee-Verbot handelt sehe ich auch keine Form der Diskriminierung. Sollten die Bedrohung bestehen von ausländischen Instanzen fremdbestimmt zu werden, sollten wir uns Gedanken darüber machen, aus diesen auszusteigen. Wäre vielleicht auch einmal eine Abstimmung wert?

MARTIN LENZ, MONTAGNY - 20:03 | 25.06.2010

» Die fünf Schweizer Parlamentarier die zugestimmt haben, sollte man schnellstmöglich nach Hause holen und durch andere ersetzen!

RUDOLPH STUCKI, HUDSON - 19:53 | 25.06.2010

» das geht doch den Europarat einen Dreck an, wo war der Europarat als die Schweiz von Gadaffi verarscht wurde???, Die Schweiz ist ein souveranes Land, seine Buerger haben das Recht und die Pflicht ueber landesinterne Sachen abzustimmen und erwarten, dass das Resultat einer Abstimmung respektiert wird ohne sich von einem andern Land vorschreiben zu muessen, ob das Ergebniss nun verbindlich sei oder nicht. Ich hoffe der Bundesrat zeigt endlich mal genuegend Rueckengrat und verteidigt die Schweiz!

MAX SUTTER, WINTERTHUR - 19:33 | 25.06.2010

» Sehr geehrter Herr Lehmann, wenn Sie es für normal empfinden, dass man Gesetzen und Ausführungsverordnungen, hier im speziellen Fall Bauvorschriften, Verfassungsrang geben kann bzw. sogar mangels Alternative muss, dann ist Ihre Entrüstung nachvollziehbar. Wenn Sie aber, wie andere auch, dieses Unikum ständiger Verfassungsänderungen aus Gründen einer Gesetzgebung durch die Hintertür als staatsrechtlichen Unfug empfinden, dann sollten Sie über die Ignoranz des Europarates grosszügig hinwegsehen.